

## Kurzprotokoll Nr. 15 vom 05. Februar 2025 (ganztägige Sitzung)

|                 |                                                             |
|-----------------|-------------------------------------------------------------|
| <b>Vorsitz</b>  | Peter Bühler, Grossratspräsident, Ettenhausen               |
| <b>Anwesend</b> | 119 Mitglieder am Vormittag<br>108 Mitglieder am Nachmittag |
| <b>Ort</b>      | Rathaus Weinfelden                                          |

Zu Beginn der Sitzung wird der verstorbenen Regierungsrätin Sonja Wiesmann gedacht.

Einem **Ordnungsantrag** des Grossratspräsidenten auf Verschiebung des Traktandums betreffend Änderung des Gesetzes über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG), der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (BesVO), des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) und des Verantwortlichkeitsgesetzes (VerantwG) auf einen späteren Zeitpunkt wird mit 118:0 Stimmen zugestimmt.

1. **Fragestunde** (24/FR 5/107) (Beantwortung). Der Regierungsrat beantwortet zwei Fragen. Die nächste Fragestunde ist am 7. Mai 2025 vorgesehen.
2. **Ruhetagsgesetz (RTG)** (24/GE 1/17) (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Ruhetagsgesetz mit 68:43 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Das Behördenreferendum wird mit 44 Stimmen ergriffen. Die Vorlage geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung der Abstimmungsbotschaft an das Volk.
3. **Änderung des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; StG) (Entschädigungsregelung Gemeinden)** (20/GE 32/665) (2. Lesung). Die Vorlage passiert die 2. Lesung ohne Diskussion. Die Redaktionslesung und die Schlussabstimmung erfolgen an der nächsten Ratssitzung.
5. **Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG)** (24/GE 2/19) (Eintreten, 1. Lesung). Mit Datum vom 21. Mai 2024 unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat Botschaft und Entwurf zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG). Eintreten ist unbestritten. In der 1. Lesung wird einem Antrag mit 75:43 Stimmen zugestimmt, § 32 Abs. 2 gegenüber der Kommissionsfassung abzuändern. § 32 Abs. 2 lautet neu wie folgt: "Diese Frist kann aus triftigen Gründen um höchstens vier Jahre bis zu einer Gesamtdauer von höchstens sieben Jahren verlängert werden." Die 2. Lesung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.

6. **Beschluss des Grossen Rates über einen Nachtragskredit 2024 (Bericht Freiwilligenarbeit)** (24/BS 1/18) (Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung). Mit Datum vom 7. Mai 2024 unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat Botschaft zu einem Nachtragskredit 2024 (Bericht Freiwilligenarbeit). Die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission beantragt Nichteintreten. Der Rat beschliesst mit 107:0 Stimmen Nichteintreten.
7. **Parlamentarische Initiative von Robin Spiri, Barbara Dätwyler Weber, Alexander Sigg, Andreas Sigrist, Judith Ricklin, Patrick Siegenthaler vom 23. Oktober 2024 "Maximaler Steuerabzug der Krankenkassenprämien der Realität anpassen"** (24/PI 2/71) (Vorläufige Unterstützung). Die Parlamentarische Initiative verlangt eine Änderung im Steuergesetz (StG) zur Erhöhung der Maximalbeträge beim Versicherungsabzug. Nach Diskussion beschliesst der Rat mit 73:32 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Parlamentarischen Initiative die vorläufige Unterstützung nicht zu gewähren.
8. **Motion von Reto Ammann, Stephan Tobler, Daniel Eugster, Alexander Sigg vom 5. Juni 2024 "Warme Progression analog der kalten Progression gesetzlich regeln. Anpassung der Steuertabellen an den Nominallohnindex, entlastet die Wirtschaft und die Haushalte** (24/MO 1/27) (Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung). Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Nach Diskussion im Rat wird die Motion mit 60:45 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht erheblich erklärt.
9. **Motion von Roger Stieger, Peter Bühler, Simon Wolfer, Stephan Tobler, Marina Bruggmann, Christian Mader, Stefan Leuthold, Cornelia Hasler-Roost, Bernhard Braun vom 24. Januar 2024 "Einführung einer Lenkungsabgabe: Kurtaxe (Übernachtungstaxe) im Rahmen eines Tourismusförderungsgesetzes"** (20/MO 52/638) (Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung). Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Nach Diskussion im Rat wird die Motion mit 61:39 Stimmen bei 3 Enthaltungen erheblich erklärt. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung der Botschaft an den Grossen Rat.

*Traktanden 10 und 11 nicht behandelt.*

Parlamentsdienste des Kantons Thurgau

Zur Veröffentlichung

- im Amtsblatt
- im Internet: [www.parlament.tg.ch](http://www.parlament.tg.ch)